No. 64. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Freitag, 7. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sorauerstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Rykestr. 31, N. Schiffbauerdamm, N. Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-platz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Kaiserallee 33, W. Bayreuthstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Hauptstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Auf nach Vigo!

Und der Zweck der Uebung?

Ein deutsch-offiziöses Telegramm meldet aus Kiel:

Die Aufklärungsschiffe haben heute früh durch den Kaiser Wilhelm-Kanal eine Uebungsfahrt nach Vigo angetreten.

Vigo ist der unmittelbar an der Nordgrenze von Portugal gelegene Kriegshafen, den Spanien an seiner Westküste besitzt. In Vigo befand sich das englische Geschwader, das, wie wir berichtet haben, nach dem Bekanntwerden des Attentats gegen den König und den Kronprinzen von Portugal nach den portugiesischen Gewässern abgedampft ist.

Es ist nicht gut denkbar, daß ein deutsches Geschwader im Hinblick auf die jetzigen portugiesischen Wirren nach Vigo abgesandt wird. Denn das Interesse Deutschlands an der weiteren Entwickelung der Dinge in Portugal ist keineswegs so groß, um die Entsendung des deutschen Aufklärungsgeschwaders nach den spanisch-portugiesischen Gewässern zu rechtfertigen. Es bleibt also nur die Annahme, daß die deutsche Regierung eine bedeutende Verschärfung der Lage in Marokko befürchtet und daß sie für alle Fälle deutsche Kriegsschiffe in der Nähe der marokkanischen Küste haben will. Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß die französische Regierung mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse in Marokko nach den Berichten der französischen Blätter die Entsendung des gesamten französischen Kolonialarmeekorps in der Stärke von drei Divisionen nach Marokko in Aussicht genommen hat.

Wird man bald eine Aufklärung über den Zweck der Abfahrt des deutschen Aufklärungsgeschwaders nach Vigo erhalten?

In der freisinnigen Vereinigung

macht sich, wie wir hören, eine starke Entrüstung geltend über ein parlamentarisches Mitglied, das schon seit Jahren offenkundig andere liberale Gruppen über interne Vorgänge der eigenen Partei informiert, und das auch die treibende Kraft bei der jüngsten Hetze gegen einzelne hervorragende Mitglieder der Partei gewesen ist. Die Ereignisse der letzten Tage geben der zuständigen Parteiinstanz Gelegenheit, ihr Verhältnis zu diesem zweifelhaften Parteigenossen einer Revision zu unterziehen. Es ist dem Mitgliede zwar schon einmal ziemlich deutlich nahe gelegt worden: „Wenn dir die Gesellschaft nicht mehr paßt, such' dir eine andere, wenn du eine hast." Damals aber schien der Herr von einer hartnäckigen Schwerhörigkeit befallen zu sein, vielleicht auch hatte er den passenden Anschluß noch nicht ganz fest. Jetzt hat er ihn aber sicher, und er findet dort auch geistesverwandte Seelen.

Uebrigens lesen wir im „Vorwärts":

Ein nettes Anekdötchen

macht die Runde durch den Reichstag. Froh des wieder einmal geschlossenen inneren Friedens, saßen Vereinigungsleute und Volksparteiler beim Schoppen zusammen. Ein Vereinigungsmann bat die guten Freunde und getreuen Nachbarn von der Volkspartei, nun aber, nachdem man Barth und Gerlach als Sündenböcke aus dem Vereinigungsvorstande gejagt habe, Gras über die Geschichte wachsen zu lassen. Bereitwilligst wurde ihm das zugestanden. „Also alles ist erledigt und begraben," sagte ein alter Volksparteiler, und setzte hinzu: „Aber nun noch eine Bitte: „Nicht wahr, Ihren Pachnicke, den treten Sie uns ab?"

Wie wir unsererseits neulich schon berichteten, hat Herr Pachnicke bereits einmal damit „gedroht", sich wieder der freisinnigen Volkspartei anschließen zu wollen, der er zum ersten Male sein Parchimer Mandat verdankte. In der Volkspartei würde er jetzt sicherlich mit offenen Armen empfangen werden, wenigstens in der Fraktion, da man dort mindestens so bülowfromm geworden ist, wie Herr Dr. Pachnicke selbst es ist. Ihm hat Fürst Bülow für eine blockergebene Broschüre von äußerster Zahmheit einen Dankbrief geschrieben; er ist es, der eine Art Geschäftsträger ist zwischen dem Blockchef im Reichskanzlerpalais und dem freisinnigen parlamentarischen Personal, das für Bülow lebt und stirbt. Kein Zweifel, daß jetzt Dr. Pachnicke wieder reif ist für die Fraktion der freisinnigen Volkspartei, und daß ebenso diese vollkommen pachnickereif geworden ist.

Herzog Ernst von Altenburg †

Der Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist, wie ein Telegramm meldet, heute früh 1 Uhr gestorben. Nach den letzten Meldungen über das Befinden des Herzogs war das zu erwarten. Der Herzog (geboren am 16. September 1826) hat ein Alter von 81 Jahren erreicht; die Regierung des Ländchens hat er 54 Jahre geführt. In der preußischen Armee bekleidete er den Rang eines Generalobersten. Seine einzige, schon vor ihm gestorbene Tochter Marie war mit dem verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von Braunschweig, vermählt. Der Nachfolger des Herzogs ist sein Neffe, der bisherige Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg, Sohn des im Mai v. J. verstorbenen Prinzen Moritz, Oberstleutnant beim Stabe des 1. Garde-Regiments zu Fuß.

Der Zar lebt.

In Paris waren in der vergangenen Nacht Gerüchte verbreitet, daß der Zar ermordet worden sei. Mehrere Blätter, darunter der „Matin", hatten von den Gerüchten Notiz genommen. Jetzt veröffentlicht, wie uns ein Telegramm aus Petersburg meldet, die offiziöse „Petersburger Telegraphenagentur" folgendes Dementi:

Die auswärts verbreiteten Gerüchte über eine Ermordung des Kaisers von Rußland sind vollständig aus der Luft gegriffen.

Die englische Adreßdebatte,

bei der nach altem Herkommen alle wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik zur Besprechung gelangen, wurde gestern im Unterhause endlich zu Ende geführt, während sie im Oberhause noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Aus den gestrigen Diskussionen ist folgendes hervorzuheben:

Im Unterhause wurde die Frage der Unantastbarkeit des Privateigentums auf See in Kriegszeiten aufgeworfen. Staatssekretär Grey erklärte, in den Instruktionen der englischen Delegierten zur Haager Konferenz seien die Ansichten der Regierung ausgesprochen worden. Er glaube nicht, daß die Haltung der Regierung auch nur im entferntesten Einfluß auf die Frage einer Verminderung der Rüstungen gehabt habe. Vorausgesetzt die Haager Konferenz käme zu einem Beschluß und die Mächte unterzeichneten diesen Beschluß, wollte dann das Haus die Garantie übernehmen, daß jede Macht den Beschluß achten würde? Würde das Haus sich wirklich sicher fühlen, wenn es zum Kriege käme und England hätte keine Mittel, seine Handelsmarine zu schützen? Englands Mittel, einen Krieg zu Ende zu führen, beruhten ganz auf seiner Seemacht, und wenn das Privateigentum unantastbar wäre, so wüßte er nicht, wie jemals ein Krieg beendigt werden könnte. Das Ergebnis einer Unantastbarkeitserklärung des Privateigentums würde sein, daß andere Länder zu der Annahme verleitet würden, daß die Flotte Großbritanniens nur eine Defensivwaffe sei. Wenn England sich der Mittel beraube, an die anderen Nationen durch deren eigene Handelsmarine einen Druck auszuüben, so könnten einige Großmächte mit äußerst geringer Gefahr für sie selbst einen Krieg mit England beginnen. Gegenwärtig sei die ganze Welt England wohlgesinnt, und er glaube nicht, daß es eine einzige Macht gebe, die gegen England feindliche Absichten hege. (Beifall.) Er spreche deshalb nur vom akademischen Gesichtspunkte aus und nicht aus Befürchtung einer Kriegsgefahr. Unter den gegenwärtigen Umständen müsse die Regierung bei ihren Ansichten beharren und könne im Hinblick auf die Sicherheit des Landes nicht die Gefahr auf sich nehmen, die mit den vorgeschlagenen Renderungen verbunden sei. Die Adresse wurde schließlich angenommen.

Im Oberhause regte Lord Curzon eine Debatte über den englisch-russischen Vertrag an. Er unterzog namentlich die Bestimmungen hinsichtlich der Einflußsphären in Persien einer scharfen Kritik. In Afghanistan scheine England für die Hergabe wertvoller Zugeständnisse nichts gewonnen zu haben. Auch das Uebereinkommen bezüglich Tibets unterzog der Redner einer scharfen Kritik. Lord Cromer billigte den Vertrag, den dann der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Lord Fitzmaurice im Namen der Regierung verteidigte. Die Abgrenzung der Einflußsphären in Persien sei für den britischen Handel nicht gefährlich. Die Einflußsphäre, die England erlangt habe, sei strategisch wichtiger als kommerziell. Bezüglich der Handelsstraße von Bagdad nach Kermanschah, die der Weg einer zukünftigen Eisenbahn sein könne, und die in der russischen Einflußsphäre ende, erklärte Fitzmaurice, England wolle in diesen Unterhandlungen keine feindliche Rolle gegen irgend eine andere Macht spielen. Der Ausschluß des Persischen Golfes aus der Vereinbarung stärke Englands Stellung. Was Tibet betreffe, sei die Regierung dafür, sich etwas aus dem politischen Abenteuer, das beabsichtigt gewesen sein mochte, zurückzuziehen. Schließlich erklärte Fitzmaurice, es bestände keine weitere Gefahr einer Verschlimmerung der persischen inneren Wirren und der Schwierigkeiten an der türkisch-persischen Grenze, jetzt, wo England und Rußland eine gemeinsame Politik verfolgten. Schließlich wurde die Debatte bis zum 10. Februar vertagt.

Das „politische Abenteuer" in bezug auf Tibet, von dem Herr Fitzmaurice gesprochen hat, ist von dem konservativen Kabinett Balfour unternommen worden. Das jetzige liberale Kabinett hat also die Politik der früheren konservativen Regierung auf das schärfste desavouiert.

Franco auf der Flucht.

Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident und Diktator Franco, dessen unheilvolles Wirken hauptsächlich die Katastrophe in Lissabon verschuldet hat, ist, wie wir berichtet haben, gestern mit seiner Familie in Madrid eingetroffen. Er ist nach einem späteren Telegramm von dort unverzüglich weitergereist und hat in Madrid niemanden empfangen.

Nach einem Telegramm aus Lissabon wird im Amtsblatt der portugiesischen Regierung ein Schreiben des Königs an den Ministerpräsidenten veröffentlicht, in dem der König seinen Willen dahin kundgibt, daß die Finanzverwaltung des königlichen Palastes nur über solche Mittel verfügen soll, die vom Parlament bewilligt worden sind. Martin Carvalho, der im Kabinett Franco Finanzminister war, hat Portugal verlassen.

Die am Sonnabend nach dem Königsmorde vorgenommenen Verhaftungen sind nur insoweit aufrecht erhalten, als es sich bei den Verhafteten um Vergehen gegen das Anarchistengesetz handelt.

Der portugiesische Minister des Aeußeren erklärte mehreren Berichterstattern, er hoffe, daß in kurzer Zeit vollständige Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt in Portugal eintreten werde. — Wenn die jetzige Regierung an den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit festhält, zu denen sie sich bekannt hat, so wird wohl die Hoffnung des Ministers des Aeußeren in Erfüllung gehen.

Eine französische Verkehrsvorlage.

Wie aus Paris berichtet wird, ermächtigte der französische Ministerrat den Arbeitsminister Barthou, einen Gesetzentwurf betreffend die Herstellung von Verbindungen zwischen Schienenwegen und Wasserstraßen einzubringen.

Unfall eines deutschen Linienschiffes.

Das Linienschiff „Hessen" kam gestern früh 5 Uhr 30 auf der Fahrt von Kiel nach Wilhelmshaven bei unsichtigem Wetter in der Elbe bei Altenbruch mit dem Heck fest. Es wurde Nachmittags schon bei mittlerem Wasserstande unter Assistenz von Schleppern wieder frei. Wie offiziös versichert wird, hat es nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung keine Beschädigung durch die Grundberührung erlitten.

Auf hinterpommersche Zustände

wirft eine der „Preuß. Lehrerzeitung" zugegangene Mitteilung ein grelles Licht. In einem Dorfe ist das Dach des erst 1898 erbauten Schulhauses so schlecht, daß wiederholt der Hausboden handhoch mit Schnee bedeckt war. Die Getreidevorräte des Lehrers sind verdorben. Zuerst entfernte der Lehrer selbst den Schnee. Jetzt hat er aber den Schulvorstand ersucht, dafür Sorge zu tragen. Der geistliche Schulinspektor, dem es anscheinend nicht möglich ist, eine Ausbesserung des Daches herbeizuführen, hält aber den Lehrer weiter für verpflichtet, die Reinigung zu bewerkstelligen.

Eben daselbst herrscht seit alten Zeiten die Unsitte, daß „uneheliche Kinder" nur der Lehrer beerdigen darf. Der Pastor erscheint nicht, um durch sein Ausbleiben die Mutter als große Sünderin zu bestrafen (!) Aber die kirchlichen Gebühren muß sie ohne jeden Abzug entrichten. Erst ein Hinweis des Lehrers, daß durch solche Maßnahmen das Ansehen des Lehrerstandes gefährdet würde, brachte den Pastor — nach Umfragen bei Amtsbrüdern — so weit, daß er nunmehr auch uneheliche Kinder beerdigt.

Der bestrafte Ketzer.

Wie aus München gemeldet wird, hat der Papst über den Universitätsprofessor Dr. Schnitzer in München wegen seines Artikels in der „Internationalen Wochenschrift" die suspensio a divinis (Ausschluß von der Ausübung kirchlicher Aemter) verhängt.

Der verbotene Ferienkurs.

Der „Badischen Landeszeitung" wird geschrieben: Im Sommer 1901 wurde für Volksschullehrer an der Universität Würzburg ein Ferienkurs abgehalten. Ein Lehrer wollte diesen Kurs besuchen und wandte sich an die Oberschulbehörde mit der Bitte, die bevorstehenden Ernteferien eine Woche früher beginnen zu wollen, damit er an dem Kurse in Würzburg teilnehmen könne. Nach einigen Tagen erhielt er folgenden Bescheid, der hier wörtlich wiedergegeben wird:

„Dem Hauptlehrer N. N. ist auf sein Gesuch zu erwidern:
1. Der Lehrer weiß heute schon mehr als die Kinder, ein weiterer Lehrkurs ist daher unnötig.
2. Würzburg ist eine bayerische Universität; wir wissen nicht, ob sie auch für badische Lehrer einen Wert hat.
3. Wir brauchen unsere Ferien für unsere Schulkinder zur Ernte und nicht, wenn der Lehrer nach Würzburg will.
Das Gesuch wird hiermit abgelehnt.
Der Vorsitzende: N."

Man sieht, Preußen macht in Süddeutschland ab und zu doch noch „moralische" Eroberungen.

Aufgefangene Funkentelegramme.

Aus Paris wird gemeldet: Ein Mitarbeiter des „Matin", der sich an Bord des französischen Postdampfers „Lorraine" auf der Fahrt nach Newyork befand, telegraphiert, daß der Funkentelegraph des Dampfers am 5. d. M. die zwischen englischen Kriegsschiffen und ferner die zwischen dem Eiffelturm und dem von Casablanca liegenden Kriegsschiffe „Kléber" gewechselten Radiogramme aufgefangen habe. Die Nachricht von dem Lissaboner Attentat traf am Sonntag auf der „Lorraine" ein.

Eine vertagte Marokko-Interpellation.

Im französischen Senat brachte gestern der Konservative Gaudin de Villaine eine Interpellation betreffend die Lage des Expeditionskorps in Marokko ein. Clemenceau erklärte, daß er von dieser Interpellation nicht unterrichtet worden sei und sich deshalb nicht mit dem Minister des Aeußeren habe verständigen können. Er ersuche deshalb, daß der Zeitpunkt für die Erörterung dieser Interpellation erst in der Freitagssitzung festgesetzt werde. Dieses Ansuchen des Ministerpräsidenten wurde angenommen.

Der Aufmarsch im Baugewerbe.

Im deutschen Baugewerbe ist soeben der Aufmarsch der Parteien für die in diesem Jahre bevorstehenden Lohnkämpfe erfolgt. Die Arbeiter des Baugewerbes haben sich durch die Beschlüsse des Arbeiterverbandes — keine Lohnerhöhung, keine Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden, sonst Aussperrung — nicht bestimmen lassen, für die Erneuerung der im Frühjahr dieses Jahres ablaufenden Verträge auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu verzichten. In Mitteldeutschland, Rheinland und Westfalen sind dieser Tage den Arbeitgebern die Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zugegangen. In diesen Bezirken haben die Arbeitgeber, wie wir schon meldeten, ihrerseits Vertragsentwürfe aufgestellt, die dem vom Arbeitgeberbund festgesetzten Normalvertrag entsprechen.

Es muß hier nach den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes zu einem großen Lohnkampf kommen, wenn nicht die Arbeitnehmer sämtliche Forderungen zurückziehen, oder wenn nicht die Arbeitgeber den sonst bei Vertragsverhandlungen geltenden Grundsätzen entsprechend Entgegenkommen zeigen und sich mit den Arbeiterorganisationen auf der mittleren Linie einigen. Die Arbeiterorganisationen sind entschlossen, für die Durchführung ihrer Forderungen zu kämpfen; zwischen den einzelnen Verbänden ist die Verständigung für ein gemeinsames Vorgehen erfolgt.